

Medienmitteilung vom 20. September 2010

Grüne reagieren skeptisch auf die Ankündigung eines Sparpakets Keine Politik der leeren Kassen

Der Regierungsrat hat im Hinblick auf das Jahr 2012 ein Sparpaket in der Höhe von 200 Mio. Franken angekündigt. Die Grünen verfolgen diesen Prozess mit Sorge. So berechtigt das Anliegen eines ausgeglichenen Kantonshaushaltes ist – so angespannt präsentiert sich die Lage in vielen Politikbereichen. Insbesondere kann weder bei den Bildungsausgaben noch beim Personal weiter gespart werden.

Bereits in den letzten Jahren hat der Regierungsrat im Rahmen des sogenannten Hauptverfahrens immer wieder Kürzungsmassnahmen vorgenommen. Im Gesundheitsbereich wurde 2010 beispielsweise die Base-Rate – der Grundbetrag, den der Kanton den Spitälern pro Fall bezahlt – gesenkt, was zu Stellenabbau und zusätzlichen Druck auf das Spitalpersonal führte.

Die Grünen sind skeptisch, ob das Erreichen des Sparziels von 200 Mio. Franken ohne unverantwortliche Einschnitte bei staatlichen Kernaufgaben erreicht werden kann. Bereits im Rahmen des Aufgabendialogs ist festgestellt worden, dass es keine sogenannten low hanging fruits mehr gibt. Zudem ist daran zu erinnern, dass die im Rahmen der Strategischen Aufgabenüberprüfung (SAR) erreichten Einsparungen zumindest anfänglich mehrheitlich durch die Einschränkung des Gehaltsaufstiegs erfolgten. Angesichts der heftig in Frage gestellten Konkurrenzfähigkeit des Kantons bei den Anstellungsbedingungen sind in diesem Bereich heute jedoch keine Einsparungen mehr möglich.

Für die Grünen gibt es im Hinblick auf das Sparpaket einige Tabus: Der Kanton Bern ist der einzige Kanton schweizweit, der seit 1995 eine Senkung der realen Bildungsausgaben verzeichnet. Ein weiterer Abbau in diesem Bereich kommt nicht in Frage. Dasselbe gilt für den Bereich des ökologischen Umbaus und des Umweltschutzes. Im sozialen Bereich sind die Kantone mit erheblichen Umverteilungen von der Bundes- auf die Kantonebene konfrontiert. Im Interesse des sozialen Zusammenhalts dürfen diese Umlagerungen jedoch nicht an die sozial Schwächsten weitergereicht werden. Und schliesslich sind Sparmassnahmen im Personalbereich wie erwähnt nicht angezeigt. Die Grünen begrüssen das Bestreben des Regierungsrates, eine Neuverschuldung möglichst zu verhindern. Der Regierungsrat darf sich jedoch nicht zum Vollzugsgehilfen jener machen, welche mit einer Politik der leeren Kassen das staatliche Leistungsangebot aus ideologischen Gründen immer weiter einschränken wollen. Die Grünen erwarten vom Regierungsrat, dass er sich einer solchen Politik entschieden entgegenstellt.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, 079 263 47 68